



Ministerium des Auswärtigen

Presse- und Informationsreferat

DARF NICHT VOR DIENSTAG,
DEM 14. SEPTEMBER 1999, 14.00 UHR,
VERÖFFENTLICHT WERDEN.

Änderungen vorbehalten

(Nicht offizielle Übersetzung)

Regierungserklärung, abgegeben vom schwedischen Ministerpräsidenten Göran Persson am 14. September 1999 vor dem schwedischen Reichstag

Eure Majestäten,
Eure Königlichen Hoheiten,
Frau Präsidentin,
Mitglieder des schwedischen Reichstags!

Heute versammelt sich der Reichstag, der Schweden aus einem Jahrtausend in das nächste führen soll.

Das ist ein symbolisches Ereignis. Vierzig Generationen haben während des vergangenen Jahrtausends unser Land aus den Wahnvorstellungen des Aberglaubens zu den Kenntnissen der Wissenschaft geführt. In vier Generationen ist der Industrialismus herangewachsen. In einer Generation wurde Schweden computerisiert.

Während der ganzen schwindelnden Entwicklung der Zivilisation lag in den Hoffnungen und Träumen der Menschen immer die Idee der Rechtschaffenheit und des gleichen Wertes aller Menschen. Von den griechischen Stadtdemokratien bis zu den Forderungen der französischen Revolution auf Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Von der Botschaft der Bergpredigt, das Licht müsse für alle leuchten, bis zum Traum von Martin Luther King.

Die Ideale des Humanismus – die Gleichheit und die Solidarität – sind zeitlos. Ihre praktische Umsetzung in ein allgemeines Wahlrecht und eine demokratische Staatsform ist die größte Errungenschaft des 20. Jahrhunderts.

Vor zehn Jahren fiel die Berliner Mauer. Die Drohung des Kalten Krieges gegen Menschenleben und Menschenwert war zu Ende. Der Kommunismus in Europa wurde gestürzt. Wenn jetzt die 90er Jahre ihrem Ende zugehen, können ehemalige Feinde gemeinsam den Ostseeraum zu einer schnell wachsenden Zukunftsregion aufbauen. Unser Kontinent ist wieder von Zusammenarbeit geprägt.

In unserem Land ist die Entwicklung der Wirtschaft stark. Bereits in einigen Jahren können wir das Ziel erreichen, dass 80 Prozent der Bevölkerung zwischen 20 und 64 Jahren eine Arbeit haben. Die offene Arbeitslosigkeit kann im nächsten Jahr auf vier Prozent heruntergedrückt werden.

Ein Jahrzehnt geprägt von Finanzkrisen, Massenarbeitslosigkeit und wachsenden Kluften ist endlich vorüber. Durch die kraftvolle Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre kann das schwedische Volk nun zum ersten Mal in einem Jahrzehnt seine Zukunft selbst gestalten.

Die Aufopferungen der Menschen haben Ergebnisse gezeitigt. Der wachsende Überschuss in den öffentlichen Finanzen soll benutzt werden, um die Staatsschulden abzubauen, Schule, Pflege und Fürsorge für Kinder und Ältere zu stärken, den Arbeitnehmern eine Rückvergütung für die Eigenbeiträge zu gewähren, sowie dem regionalen Ungleichgewicht entgegenzuwirken. Die Kluften in der Gesellschaft können wieder kleiner werden.

Schweden steht Ende des 20. Jahrhunderts wirtschaftlich gestärkt da. Wir können dem 21. Jahrhundert mit berechtigten Erwartungen in einem Gefühl von wachsender Zuversicht entgegensehen. In diesem Umfeld wächst die politische Überzeugung, dass die Solidarität ein tragendes Prinzip für Schwedens Entwicklung ist. Der Aufbau unserer Gesellschaft kann auf einem gemeinsamen Fundament fortgesetzt werden.

Schweden soll eine führende Wissensnation sein.

Um ihren Wohlstand zu erhöhen und ihre Lebensträume zu verwirklichen werden Bildung und Wissen immer wichtiger für die Menschen. Hohe Kompetenz wird entscheidend sein für die Expansion schwedischer Unternehmen auf dem Weltmarkt.

Die schwedische Vorschule ist einzigartig in ihrer Breite und Qualität. Ihre pädagogische Rolle wird weiterentwickelt und schrittweise allen Kindern zugänglich gemacht. Die Schule soll jedes Kind ermuntern in seinen Trieben zu lernen und sich weiter zu entwickeln. Besondere Einsätze werden gemacht, um Kindern in gefährdeten Großstadtgebieten bessere Unterstützung zu gewähren. Eine neue Lehrerausbildung wird gestaltet und die Weiterbildungsmöglichkeiten für Lehrer werden erleichtert.

Der Ausbau der Hochschule setzt fort. Insgesamt werden in den Jahren 1997 – 2002 beinahe 100 000 neue Studienplätze hinzugekommen sein. Der Einfluss der Studenten über ihre Ausbildung soll größer werden. Die geschlechtsspezifische Studienwahl soll gebrochen werden. Die finanzielle Situation der Studenten soll durch die Reformierung der Studienbeihilfe verbessert werden.

In Schweden soll weltweit führende Forschung mit breitgefächerten Möglichkeiten für alle zu hochwertiger Ausbildung kombiniert werden. Die Initiative zur Anhebung des Bildungs- und Wissensstandes vermittelt den Menschen, die früher keine gute Grundbildung erhalten haben, neue Möglichkeiten zu Bildung und persönlicher Entwicklung. Die berufliche Weiterbildung soll verstärkt werden. Die Mittel für Grundforschung und Spitzenkompetenz werden erhöht. Eine forschungspolitische Gesetzesvorlage wird dem Reichstag unterbreitet.

Das Wissen und der Humanismus werden von einer lebendigen Kultur getragen, in der jeder Mensch Zugang zu seiner eigenen Sprache hat, um seine Wünsche und Träume ausdrücken und seine Visionen formulieren zu können. Volksbibliotheken, Volksbildung und allgemeine Versammlungslokale sind unabdingbar in der schwedischen Demokratie. Das Lesen muss gefördert werden. Die Künstler sollen gute Arbeitsvoraussetzungen haben, ihr Publikum treffen und von ihrem Schaffen leben können.

Schweden soll eine führende IT-Nation sein.

Die Informationsgesellschaft verändert Wirtschaft und Demokratie. Wissen, das früher nur einigen wenigen vergönnt war, steht nunmehr allen offen. Dadurch können das regionale Ungleichgewicht verringert, die Produktivität angehoben und neue Unternehmen gegründet werden. Die Informationstechnologie muss ein Mittel für mehr Freiheit, Teilnahme und Gerechtigkeit sein.

Die Anwendung von Computern in unserem Land ist unter den höchsten der Welt. So gut wie alle Schüler haben in der Schule Zugang zu einem Computer. Schwedische Unternehmen sind führend in der Anwendung, Entwicklung und Produktion eines breiten Spektrums von IT-Produkten. Auf diesem Weg wollen wir fortschreiten.

Schweden soll die Technik als Mittel zu Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit nutzen. IT-Kenntnisse sollen auf allen Ebenen des Bildungswesens eingeführt werden. Die öffentlichen Behörden sollen Vorgänger sein bei der Anwendung der neuen Technik. Eines von Europas ersten Forschungszentren auf der Grundlage von kieselbasierender intelligenter Mikroelektronik wird in Norrköping eingerichtet.

Der elektronische Handel soll stimuliert werden. Regeln müssen deutlich sein und zu gutem Verbraucherschutz beitragen. Bildung und Ausbildung sowohl in Schulen und Unternehmen als auch in Hochschulen und Universitäten sind vorgesehen.

Der Staat ist verantwortlich dafür, dass im ganzen Land eine funktionierende IT-Infrastruktur zugänglich ist. Privatpersonen und Unternehmen sollen Zugang zu einer schnellen Datenübertragung zu angemessenen Kosten haben. Dafür sind Investitionen in eine IT-Breitband-Infrastruktur erforderlich, was in sowohl privater als auch öffentlicher Regie erfolgen kann. Alle Kommunen in ein offenes Breitbandkernnetz einzubinden ist ein wichtiger Schritt, um Schwedens Wettbewerbsfähigkeit im neuen Jahrtausend zu behaupten. Eine IT-Gesetzesvorlage wird dem Reichstag im Jahr 2000 unterbreitet.

Schweden soll eine Nation der Vielfalt sein.

Jung und Alt, Frauen und Männer, in Schweden und anderswo Geborene – alle wollen wir am Bau der Gemeinschaft teilnehmen und unsere Kenntnisse und Erfahrungen nutzen können. Niemand darf ausgeschlossen werden. Jegliche Form der Diskriminierung kränkt den Menschenwert und hemmt die Entwicklung.

Den Bewertungen und Visionen junger Menschen muss größerer Einfluss auf die politischen Beschlüsse gewährt werden. Deshalb wird die Regierung die Jugendvorlage durch einen aktiven, von breiten Teilen der Jugend getragenen Dialog weiterverfolgen.

Im Herbst zeichnet der Staat ein Abkommen mit sieben Großstadtkommunen zur Förderung der Chancengleichheit und zum Abbau der Segregation. Der schwedischen Sprache soll besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Ganz Schweden muss engagiert werden, um Wahnvorstellungen und Vorurteile abzubauen und Offenheit und Toleranz zu schaffen.

Die Arbeit zur Stärkung der Gleichstellung muss fortgesetzt werden. Maßnahmen werden ergriffen, um die geschlechtsspezifische Aufteilung auf dem Arbeitsmarkt zu brechen. Ungerechtfertigte Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern müssen in enger Zusammenarbeit mit den Tarifpartnern bekämpft werden. Änderungen im Gleichstellungsgesetz werden vorgeschlagen. Die Regierung wird im Herbst eine hochrangige europäische Konferenz zur Gleichstellung ausrichten.

Schweden solleine Nation in ökologischem Gleichgewicht sein.

Die Umweltpolitik erfährt ihre bisher umfassendste Erneuerung. Das Umweltgesetz ist in Kraft getreten. Erhebliche Mittel werden für Forschung, Bodensanierung, Kalken und Schutz von Wald und Boden zur Verfügung gestellt. Die örtlichen Investitionsprogramme tragen verstärkt zur ökologischen Umstellung überall in unserem Land bei. Die vom Reichstag festgestellten fünfzehn übergreifenden umweltpolitischen Ziele ziehen sich durch unsere gesamte Politik.

Eine umfassende Zusammenarbeit mit der Bauindustrie soll entwickelt werden, um das schwedische Bauwesen in Bezug auf ökologische Technik zu modernisieren. Wohnungen,

Schulen, Tagesstätten und andere Gebäude sollen umweltklassifiziert werden. Die Zusammenarbeit mit der schwedischen Autoindustrie, umwelt-gerechte Kraftfahrzeuge zu konstruieren, setzt fort. Die Entwicklung der Landwirtschaft als Gewerbe ist ein Gewinn für die ökologische Umstellung.

Die Naturschutzpolitik wird entwickelt, um der ganzen Bevölkerung Zugang zu unserer reichen Natur zu ermöglichen. Die Politik in Bezug auf chemische Stoffe wird erneuert, um systematisch gefährliche Substanzen auszusortieren und deren Anwendung zu verringern. Die Überführung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene wird gefördert.

Die Umstellung der Energieproduktion wird fortgesetzt. Der erste Reaktor des Kernkraftwerks in Barsebäck soll im Herbst stillgelegt werden.

Schwedens Politik für eine nachhaltige Entwicklung in der EU soll intensiviert werden. Die globalen Umweltbedrohungen wie Klimawandel und Ausdünnung der Ozonschicht müssen in Zusammenarbeit mit anderen Ländern gelöst werden.

Schweden ist ein Vorbild bei der Umstellung auf eine ökologisch nachhaltige Gesellschaft. Auf dieser Position der Stärke wollen wir aufbauen. Unser Land soll eine ökologische Modernisierung erfahren. Mit neuer, ressourceneffizienter Technik und anderen technischen Errungenschaften wollen wir Wohlfahrt und Wohlstand schaffen, ohne der Umwelt zu schaden.

Die nächste Generation soll eine Gesellschaft übernehmen können, in der die großen Umweltprobleme gelöst sind.

Schweden soll eine Nation sein, die sich durch die Arbeit und den Unternehmer-geist der Menschen entwickelt.

In drei Jahren wurden über hunderttausend neue Unternehmen in Schweden gegründet. Dadurch werden neue Arbeitsplätze geschaffen, der Wohlstand steigt und Konkurrenz und Kreativität werden gefördert.

Die Entwicklung soll gestützt werden durch strategische Besteuerungsänderungen. Die Expansionsmöglichkeiten der Unternehmen werden durch erweiterte Rückstellungsmöglichkeiten verbessert. Die meisten Stoppregeln werden abgeschafft. Den Unternehmen wird die Möglichkeit eingeräumt, eigene Aktien zurückzukaufen. Eine Erleichterung für die Besteuerung ausländischer Experten wird vorgeschlagen. Die Energiesteuern der Landwirtschaft werden gesenkt. In Zusammenarbeit mit der EU will der Staat die Kapitalversorgung kleinerer Unternehmen verbessern. Die Unterstützung von Unternehmen wird wirksamer gestaltet.

Die Arbeitnehmer sollen für die erhöhten Eigenbeiträge entschädigt werden. Um mehr Gerechtigkeit zu schaffen, wird die Einkommensteuer im Jahr 2000 in einer ersten Phase gesenkt und danach soll eine weitere Steuersenkung erfolgen, bis die Kaufkraft der Arbeitnehmer nicht mehr von den Beiträgen zum Rentensystem gebremst wird. Die Steuergrenze wird so angepasst, dass weniger Arbeitnehmer staatliche Steuern entrichten müssen.

Die Arbeitsmarktpolitik soll dazu beitragen, dass freie Arbeitsplätze schnell besetzt werden können. Um für alle die Möglichkeiten zu erhöhen, auf den Arbeitsmarkt zu kommen, wird die Rechtssicherheit und Verantwortung der Arbeitssuchenden verdeutlicht. Die Möglichkeiten der Langzeitarbeitslosen, eine Arbeit zu erhalten, sollen verbessert werden. Die Tarifpartner haben eine große Verantwortung in den kommenden Tarifverhandlungen, um den wirtschaftlichen Anstieg zu verstärken und zu verlängern.

Das Wachstum darf nicht auf die Großstadtreionen begrenzt werden. Ganz Schweden muss weiterentwickelt werden. Regionale Wachstumsabkommen sollen im Laufe des Jahres unterzeichnet werden. EU-Strukturfonds werden – zusammen mit nationalen Einsätzen für Infrastruktur, Kreislaufgesellschaft, Informations-technologie und Ausbildung – zu besserem regionalen Gleichgewicht beitragen.

Zur Erzielung niedrigerer Wohnkosten wird die Grundsteuer für Mietshäuser gesenkt. Der Wohnungsbau in den Ballungsgebieten muss steigen zur Vermeidung von Wohnungsmangel und Überhitzungsgefahr. Die Verantwortung für die Wohnungspolitik in der Regierung wird deutlicher gestaltet, indem mehr wohnungspolitische Fragen dem stellvertretenden Finanzminister übertragen werden.

Schweden soll seine Position als führende Wohlfahrtsnation befestigen.

Nur wer sich sicher fühlt kann sich als teilhabend an der Veränderung fühlen. Die generelle Wohlstandspolitik ist unübertroffen in ihrer Fähigkeit, gleichzeitig Wohlstand zu verteilen und Entwicklung zu stimulieren.

Pflege, Schule und Fürsorge werden finanziell gestärkt. Die staatlichen Subventionen für die Kommunen werden angehoben, während das hohe Wachstum bedeutet, dass die Steuereinnahmen in den Kommunen beträchtlich ansteigen. Besondere Beihilfe soll den Kommunen gewährt werden, die die größten Probleme mit ihren Finanzen haben.

Ein nationaler Aktionsplan für die Gesundheits- und Krankenpflegepolitik wird erarbeitet. Eine Vielfalt von alternativen Formen für die Krankenpflege wird bejaht, aber schwedische Krankenhäuser sollen nicht ausgehend von privaten Gewinninteressen betrieben werden. Die Qualität der Primärversorgung, Psychiatrie und Altenfürsorge wird verbessert. Psychisch behinderte Personen sollen persönliche Helfer bekommen. Die Rekrutierung von Personal für den öffentlichen Sektor muss sichergestellt werden. Mehr Lehrer, mehr Kranken-schwestern und mehr Ärzte sollen ausgebildet werden.

Die Renten werden mit der vollen Bemessungsgrundlage aufgerechnet. Die Gebühren in der Altenfürsorge sollen übersichtlich und angemessen sein. Rentner mit niedrigem Einkommen müssen genügend zum Leben haben, wenn die Abgaben für die Altenfürsorge bezahlt sind. In den speziellen Altenwohnanlagen und in der häuslichen Alten- und Krankenpflege wird mehr Personal benötigt. Das Recht, auch nach dem vollendeten 65. Lebensjahr persönliche Assistenz zu behalten, wird eingeführt.

Frührentner sollen ihre Arbeitsfähigkeit ausprobieren können, ohne dass ihr Recht auf Rente beeinflusst wird. Hemmnisse bei dem Recht von Behinderten, voll am Gesellschaftsleben teilzunehmen, sollen beseitigt werden.

Alle Kinder haben das Recht zu einem guten Start im Leben. Die Kinder-konvention der UNO soll befolgt werden. Während der Legislaturperiode wird die einzigartige Familienpolitik Schwedens durch die Einführung eines Höchstsatzes für die Kinderfürsorge ausgebaut. Das Kindergeld und die Zulage für kinderreiche Familien werden erhöht. Männer und Frauen sollen

ein aktives Arbeitsleben mit einem guten Familienleben vereinen können. Die niedrigen Geburtenziffern können zu weiteren familienpolitischen Maßnahmen führen.

Jede Straftat und jede Ursache zu Straftaten muss bekämpft werden. Besondere Unterstützung soll Frauen und Kindern gewährt werden, die Übergriffen ausgesetzt werden. Die Polizeihochschule wird um eine Filiale in Umeå erweitert. Der Kampf gegen schwere organisierte Kriminalität wird verschärft.

Der Wohlstand darf niemals gefährdet werden durch ein unkontrolliertes Defizit in den öffentlichen Finanzen. Deshalb liegt die Gesamobergrenze fest. An dem Ziel von zwei Prozent öffentlichem Überschuss während eines Konjunkturzyklus wird festgehalten. Eine vollständige Abzahlung der öffentlichen Nettoschuld während dieser Legislaturperiode liegt in Reichweite.

Schweden soll aktiv zu einem Europa in Entwicklung und Gleichheit beitragen.

Das schwedische Engagement bei der Zusammenarbeit im Norden und im Ostseeraum wird durch die hier stattfindende Sitzung des Nordischen Rats und in den Begegnungen zwischen den nordischen und baltischen Ministerpräsidenten gefestigt. Dem erfolgreichen Einsatz "Polen im Fokus" soll im Laufe des nächsten Jahres ein "Jahr der Baltischen Staaten" folgen.

Die Erweiterung der EU ist der Schlüssel zur Bewältigung der ersten und wichtigsten Aufgabe der Union – Frieden in Europa. Die Beschlüsse über die Aufnahme konkreter Beitrittsverhandlungen mit weiteren Ländern sollten bereits im Herbst gefasst werden. Die von der EU auf schwedische Initiative hin angenommene gemeinsame Strategie für Russland muss rasche Umsetzung finden. Die Kapazität der EU, mit zivilen und militärischen Mitteln Krisen vorzubeugen und sie zu bewältigen, soll gestärkt werden.

Die niedrige Beteiligung an den Wahlen zum Europäischen Parlament ist ein Warnsignal für die gesamte Europäische Union. Der Abstand zwischen der Bevölkerung und den Volksvertretern muss kleiner werden. Schweden unterstützt die neue Kommission in ihrem Bestreben, einen neuen Geist der Verantwortung, der Transparenz und der guten Verwaltung in den Institutionen der EU einzuführen. Die Regierung wird einen konkreten Maßnahmenkatalog zur

Modernisierung der EU und zur Schaffung von Bereitschaft und Entschluß-fähigkeit vorschlagen, die in einer erweiterten EU gefordert sind.

Die Einführung des Euro in elf Mitgliedstaaten der EU wird sich auf die Union auswirken. Der Erfolg der gemeinsamen Währung liegt im Interesse aller Länder. Die für den Herbst vorgesehenen Volksbildungsmaßnahmen geben jedem Einzelnen die Möglichkeit, die Vor- und Nachteile einer schwedischen Teilnahme an der WWU gegeneinander abzuwägen.

Die Mitgliedschaft Schwedens in der EU hat zu der starken Entwicklung der schwedischen Wirtschaft beigetragen. Der Wissenstransfer hat zu einer Anhebung der Qualifikation der Menschen beigetragen, durch den Binnenmarkt sind die Marktanteile der Wirtschaft gestiegen, der Wettbewerb hat zu einer niedrigen Inflation geführt. Um eine weitere positive Entwicklung zu fördern und die schwedischen Verbraucherpreise zu senken, sollte die Freizügigkeit von Waren weiterentwickelt und der Handel der EU mit Drittstaaten geöffnet werden.

Gemeinsam mit den anderen Nationen wird sich Schweden für eine Politik der Gleichstellung, ökologischen Nachhaltigkeit, niedrigen Arbeitslosigkeit und stärkeren Einflussnahme der Verbraucher einsetzen.

Im Frühjahr 2001 wird Schweden den Vorsitz der EU innehaben. Schweden wird die Interessen Europas vertreten. Große Anforderungen werden an unsere Fähigkeit gestellt werden, Standpunkte aufeinander abzustimmen und für eine beschlussfähige Union zu sorgen. Dies wird ein Meilenstein der schwedischen Mitgliedschaft in der EU sein.

Unser globales Engagement geht mit dem europäischen einher. Alle Nationen der Welt müssen in Solidarität und in der Einsicht über die großen gemeinsamen Herausforderungen zusammenwirken. Die Vereinten Nationen sind und bleiben ein Eckpfeiler der schwedischen Außenpolitik. Die Reform der UNO soll fortgesetzt werden. Ihre Rolle bei humanitären Krisen muss gestärkt werden. Der Gewalt in Osttimor muss ein Ende gesetzt werden. Der Frieden auf dem Balkan muss gesichert werden.

Schweden wird in unserem Teil Europas einen Beitrag zum Frieden und zur Stabilität leisten wie auch in den anderen Teilen der Welt. Die militärische Bündnisfreiheit mit dem Ziel, dass unser

Land im Falle eines Krieges neutral sein kann, bleibt bestehen. Die schwedische Gesamtverteidigung soll den Bedrohungen und Gefahren unserer Zeit angepasst werden. Unsere Fähigkeit, an internationalen Einsätzen teilzunehmen, steigt. Die neue sicherheitspolitische Lage bedeutet, dass Mittel freigestellt werden können für andere wichtige Einsätze.

Der Entwicklungshilfe werden im nächsten Jahr weitere 1,3 Milliarden Kronen zugeführt. Zusammen mit den eingesparten Mitteln kann die schwedische Entwicklungshilfe dadurch im Jahr 2000 um drei Milliarden Kronen erhöht werden. Eine Überprüfung der zukünftigen Rolle der Entwicklungs-zusammenarbeit wird eingeleitet. Die Achtung der Menschenrechte soll sich durch unsere gesamte Politik ziehen. Der Folter, Verfolgung und Todesstrafe muss weltweit ein Ende gesetzt werden.

Wir dürfen die Demokratie nie als selbstverständlich voraussetzen. Sie muss immer wieder von Neuem erobert werden. Faschismus, Nationalsozialismus und Rassismus können niemals toleriert werden. Wir dürfen die furchtbaren Verbrechen der Vergangenheit gegen die Menschheit nicht vergessen.

Im Januar findet in Schweden eine internationale Konferenz über den Holocaust statt. Zum ersten Mal werden Staats- und Regierungschefs aus verschiedenen Teilen der Welt gemeinsam an einer derartigen Sammlung um die Frage, welche Lehren wir aus der Geschichte ziehen können, teilnehmen. Die Konferenz wird eine deutliche Demonstration gegen Hass und Unterdrückung und für die zeitlosen Ideale des Humanismus sein.

Frau Präsidentin,

"Aufgeben ist gefährlich. Uneingeschränkt optimistisch sein ist auch gefährlich; das hat uns das 20. Jahrhundert gelehrt. Doch zwischen diesen beiden Gegenpolen gibt es nach wie vor die lebenden Möglichkeiten und die kluge Hoffnung."

So beendet Sven-Eric Liedman seine historische Betrachtung "Über die Solidarität".

Wir wollen das Beste aus dem alten Jahrhundert in das neue mitnehmen. Das, was das Schweden des 20. Jahrhunderts so erfolgreich gemacht hat, darf nicht verworfen werden. Uns war es möglich, im Konsens Entwicklung und Gleichheit miteinander zu vereinen. Wir haben verstanden, dass Entwicklung die Voraussetzung für Gleichheit ist und dass Gleichheit die Triebkraft für Entwicklung ist. Am Zusammenhalten und Weiterführen der Gesellschaft müssen alle teilnehmen.

An der Schwelle zu einem neuen Jahrhundert wollen wir uns gemeinsam auf diese Vision einigen: Die lebenden Möglichkeiten sollen für mehr Gleichheit genutzt werden und die kluge Hoffnung soll die Entwicklung weitertragen.

In Gleichheit und Entwicklung wächst der Mensch. Er wird gestärkt in seinem Bestreben, Grenzen zu sprengen und Brücken zu bauen. Das Gefühl für Verantwortung und Solidarität wächst nicht nur im Menschen selbst und bei seinem Nächsten, sondern auch bei den Mitmenschen und kommenden Generationen.

Schweden soll ein Land sein, in dem der Mensch die Stärke hat, sich selbst in anderen zu erkennen.